

Recht auf Straße

GEGEN REPRESSION UND KRIMINALISIERUNG IN ST. GEORG

Die Sexarbeiter_innen im Hamburger Stadtteil St. Georg erfahren, trotz der Legalität ihres Berufes, eine Illegalisierung durch die hier bestehende Sperrgebietsverordnung und eine von Politik und Anwohner_innen initiierte Kampagne der Vertreibung und Ausgrenzung. Es muss sich ein breiter Widerstand formieren, der diese Verhältnisse angreift und sich gegen Repression und Kriminalisierung stellt.

Im Jahr 2002 wurde das Prostitutionsgesetz (ProstG) in Deutschland verabschiedet. Mit diesem Gesetz wird Sexarbeit im juristischen Sinne nicht mehr als sittenwidrig gesehen und erhält den Status einer legalen Dienstleistung. Dies beinhaltet neben der Steuerpflicht auch die Möglichkeit, sich unter der Berufsbezeichnung Prostituierte zu versichern, und das Recht, ausstehende Bezahlungen einzuklagen. Faktisch hat das ProstG jedoch weder an der gesellschaftlichen Stigmatisierung von Prostitution, noch an den realen Arbeitsbedingungen etwas geändert. Aktuelle Entwicklungen im Hamburger Stadtteil St. Georg zeigen dieses in besonderem Maße.

Es muss auf die unhaltbaren Zustände in St. Georg aufmerksam

gemacht werden, eine Gegenposition zum hegemonialen Diskurs bezogen und sich aktiv gegen eine Politik der Vertreibung „unliebsamer“ Gruppen gestellt werden!

SPERRGEBIET – INSTRUMENT DER VERTREIBUNG UND KRIMINALISIERUNG

Trotz der bundesweiten Gesetzgebung zur Legalisierung von Prostitution gibt es für die einzelnen Bundesländer die Möglichkeit, in Städten sogenannte „Sperrgebiete“ zu errichten. Dies geschieht auf Grundlage der sogenannten „Sperrgebietsverordnung“ welche die Ausübung von Prostitution „zum Schutz der Jugend oder des öffentlichen Anstandes“ in festgelegten Gebieten untersagt. Unter anderem wird

bei Verstoß ein Bußgeld verlangt.

Aufgrund (partei)politischer Interessen werden so häufig Plätze, an denen sich seit langer Zeit eine Community von Sexarbeiter_innen einen Wohn-, Arbeits- und Lebensraum geschaffen hat, zu Sperrgebieten erklärt und die Sexarbeiter_innen in Randbezirke gedrängt.

GEFAHRENGEBIET ST. GEORG

Die Sperrgebietsverordnung ist jedoch nicht das einzige Instrument zur Kriminalisierung ganzer Personengruppen. Ähnliches leistet auch das in St. Georg eingerichtete „Gefahrengebiet“. Innerhalb eines solchen Gefahrengebietes darf die Polizei ohne konkreten

Verdacht oder drohende Gefahr „Personen kurzfristig anhalten, befragen, ihre Identität feststellen und mitgeführte Sachen in Augenschein nehmen“¹. Die Folgen dieser Kontrollen können von einem Platzverweis oder einem Aufenthaltsverbot bis hin zur Ingewahrsamnahme reichen. Wer diesen massiven Eingriff in die Grundrechte ertragen muss, liegt ganz in der Definitionsmacht der Polizei. St. Georg unterliegt somit einem polizeilichen Ausnahmezustand, der staatlicherseits den Weg für „Aufwertungs“-prozesse im Stadtteil ebnet.

ILLEGALISIERUNG UND KRIMINALISIERUNG VERSCHÄRFEN DIE SITUATION

Die Gefahrengebietsregelung in St. Georg hat als besondere Zielgruppe „Personen, die (...) vom äußeren Erscheinungsbild und/oder ihrem Verhalten der Drogenszene zugeordnet werden können“.² Viele der Sexarbeiter_innen in diesem Viertel sind Drogenkonsument_innen und damit von der Gefahrengebietsregelung in besonderem Maße betroffen. Zusammen mit den Repressionen durch die Sperrgebietsverordnung und den Regelungen des Betäubungsmittelgesetzes wird die Situation der drogengebrauchenden Sexarbeiter_innen von staatlicher Seite aus erheblich verschärft. Die extrem hohen Schwarzmarktpreise für Drogen (auch als Folge des BtmG) und die gravierende Erhöhung der Bußgelder (von 50 auf 200 Euro) steigern den Druck auf die Sexarbeiter_innen und verunmöglichen so ein selbstbestimmtes Arbeiten, welches auch die Ablehnung von Freiern miteinschließt. Die Betroffenen werden auf diese Weise in ihrer prekären Situation noch verletzlicher gemacht

und so steigt auch die Gefahr von gewalttätigen Übergriffen auf die Sexarbeiter_innen.

Eine Vertreibung aus dem Viertel würde die ohnehin schon schwierige Situation der Sexarbeiter_innen noch verschärfen, da die Anbindung an das Hilfesystem der akzeptierenden Drogenarbeit verloren gehen würden. Eine Verlagerung der Straßenprostitution von St. Georg nach Rothenburgsort, wie sie im Gespräch ist, würde für die Sexarbeiter_innen somit den Verlust ihres, zwar kleinen aber bestehenden, sozialen Schutzraumes bedeuten.

An den – sehr viel naheliegenderen Lösungen – der Entkriminalisierung von Sexarbeit und kontrollierten Legalisierung von Drogen scheinen weder die Polizei, noch die Verantwortlichen in der Politik interessiert zu sein. Dabei würden diese Alternativen zu immer weiterer Verschärfung der Repression den Sexarbeiter_innen wie auch den Anwohner_innen im Stadtteil zugute kommen.

Neben den drogenkonsumierenden Sexarbeiter_innen, befindet sich auch die Gruppe derjenigen, die ohne legalen Aufenthaltsstatus der Prostitution nachgehen, in einer prekären Situation. Restriktive Migrationsgesetze verursachen Isolation und liefern die Betroffenen an Verhältnisse aus, die von Ausbeutung und Abhängigkeiten geprägt sind. Diese Sexarbeiter_innen sind gezwungen, versteckt zu leben und zu arbeiten, um dem Zugriff der Polizei und somit ihrer Abschiebung oder Haft zu entgehen. Auch hier würde eine Veränderung des Aufenthaltsgesetzes und eine Entkriminalisierung der Betroffenen Abhilfe schaffen.

ST. GEORG - EIN STADTTEIL FÜR ALLE?

Bereits 1980 wurde das Viertel zum Sperrgebiet erklärt und Menschen wegen der Ausübung von Prostitution mit Bußgeldern bestraft. Mitte der neunziger Jahre setzte dann ein stadtteilverpolitischer „Aufwertungs“-prozess ein. Diese Gentrifizierung ist Teil einer Stadtentwicklungspolitik, mit der Städte im Sinne von Marktinteressen durchökonomisiert und so zu anschlussfähigen Produktions- und Konsumräumen werden sollen. Als Teil dessen steigen die Mietpreise, die Bewohner_innenzusammensetzung ändert sich durch den Zuzug einkommensstarker Bevölkerungsgruppen und damit geht die Verdrängung der Einkommensschwächeren einher.

Menschen, die diesem Interesse vermeintlich entgegenstehen bzw. nicht genügend Beitrag leisten, werden in die Außenbezirke der Städte vertrieben.

Obwohl schon der alleinige Zuzug in Stadtteile diese Prozesse reproduziert, scheuen sich einige Anwohner_innen in St. Georg nicht davor, eine noch schnellere Gangart einzulegen. Teils organisiert in Stadtteil-initiativen, wird nun von Anwohner_innen eine Hetzkampagne gegen die Sexarbeiter_innen angetrieben, um den „Strich“ nach Rothenburgsort zu verlagern. Gleichzeitig wird von exekutiver Seite die Sperrgebietsverordnung in St. Georg konsequenter durchgesetzt, was sich unter anderem an der eklatanten Erhöhung der Bußgelder für Sexarbeiter_innen zeigt. Die vehementen Forderungen nach einer „Reinigung“ St. Georgs durch sich verantwortlich fühlende Bürger_innen und Gewerbetreibende zeigen so Wirkung.

¹ <http://www.grundrechte-kampagne.de/kampagne/generalverdacht-im-gefahrengebiet>

² ebd.

HANSAPLATZ - MACCHIATO STATT MARGINALISIERTE

In der bisher sehr einseitig geführten Debatte um Sexarbeit in St. Georg hat sich besonders die Hansaplatz-Initiative durch ihre Hetze hervorgetan. In dieser Initiative haben sich Anwohner_innen zusammengeschlossen, um die Entwicklung des Stadtteils nach ihren Vorstellungen voranzutreiben. Sie hätten gerne eine „bunte Vielfalt von Kunst und Kultur, Geschäften, Gastronomie und Gewerbe am und um den Hansaplatz“ und „menschenwürdige Verhältnisse“³ für ihre Kinder und Jugendlichen. Aber das Gewerbe, das seit langem kennzeichnend für den Hansaplatz ist, nämlich die Sexarbeit, ist damit natürlich nicht gemeint. Vielmehr geht es um die Forderung nach Vertreibung der Sexarbeiter_innen von den Straßen des Stadtteils. Durch die Kriminalisierung aufgrund der gegenwärtigen Gesetzeslage bedeutet Vertreibung für die Sexarbeiter_innen jedoch auch Inhaftierung und Abschiebung. Dies wird billigend in Kauf genommen. Dabei haben sich die Mitglieder der Initiative „mit der Kenntnis angesiedelt, dass das Viertel ein historischer Kiez ist und mehr Lebensfacetten anzutreffen sind als in anderen Stadtteilen“. ⁴ Trotzdem werden Lebensrealitäten, die nicht ihrer eigenen privilegierten Situation gleichen, als störend und bedrohlich konstruiert. Die „bunte Vielfalt“ entpuppt sich so als Deckmantel für Rassismus und das Wohl der Kinder muss herhalten für die verquere und ausgrenzende Weltanschauung der Erwachsenen.

Als weiteres Feindbild hat sich die Initiative die schon erwähnten sozialen Einrichtungen auserkoren, die im Stadtteil ak-

zeptierende Arbeit für die Sexarbeiter_innen leisten. Den Einrichtungen wird vorgeworfen, Menschenhandel hinzunehmen und die Kriminalität im Stadtteil zu fördern. So wird auch gegen diejenigen Stimmung gemacht, welche die marginalisierten Sexarbeiter_innen unterstützen.

SEXARBEIT IST KEIN MENSCHENHANDEL

In den Ausführungen der Hansaplatz-Initiative wird die EU-Osterweiterung benutzt, um den angeblichen Anstieg von organisierter Kriminalität, Drogen- und Menschenhandel im Viertel zu erklären. Neben dem sich hier zeigenden Rassismus und der Darstellung einer subjektiven Wahrnehmung als Tatsache, wird zudem die im Viertel stattfindende Sexarbeit mit Menschenhandel gleichgesetzt. Dass Menschenhandel mit sexueller Ausbeutung (fälschlicherweise auch „Zwangsprostitution“ genannt) auch in St. Georg vorkommt, ist nicht zu bestreiten und ohne Frage beschissen. Davon auszugehen, dass alle Migrant_innen in der Sexarbeit per se Opfer von Menschenhandel sind, ist jedoch genauso diskriminierend wie es beschönigend ist, immer von einer frei gewählten Beschäftigung auszugehen. Sexarbeit ist NICHT mit Menschenhandel gleichzusetzen. Beim Ersten handelt es sich um Lohnarbeit, beim Zweiten schlichtweg um ein Verbrechen an der Menschlichkeit.

FREIE WAHL IM HERRSCHENDEN SYSTEM?

Sexarbeit stellt eine Form der Dienstleistung dar, die Sex - vielmehr sexuelle Dienstleistung - als Ware verkauft. Sexarbeit ist demnach als Arbeit anzuerkennen, die aufgrund

unterschiedlichster Motive oder eben auch Zwangslagen - jenseits von Menschenhandel - ergriffen wird. Wer die Frage nach der Freiwilligkeit von Sexarbeit aufwirft, muss sich aber auch der Frage nach einer Freiheit der Wahl bezüglich der Lohnarbeit im kapitalistischen System widmen. Jenseits der vermeintlich „freien Berufswahl“ steht Lohnarbeit an sich überhaupt nicht zur Diskussion. Es entsteht ein gesellschaftlicher Zwang, welcher Lebensentwürfe jenseits von Lohnarbeit unmöglich macht. Entscheiden sich nun Menschen für Sexarbeit als Erwerbstätigkeit - analog zum Zwang zur Lohnarbeit -, wird trotzdem ihre subjektive Handlungsfähigkeit als Lohnarbeiter_innen in Frage gestellt und ihnen als Sexarbeiter_innen per Definition die Rolle des Opfers zugeschrieben. Dies entzieht den Betroffenen die Macht über die eigene Definition und reproduziert das zugeschriebene passive Rollenbild. Die Sexarbeiter_innen sind NICHT per se Opfer, sondern in ihrer spezifischen Arbeitssituation lediglich vulnerabler als andere.

So wie Sexarbeit im Kontext des Kapitalismus zu betrachten ist, müssen in einer Analyse der Sexarbeit ebenso die herrschenden Geschlechterverhältnisse Beachtung finden. In feministischen Debatten hierüber kommt es immer wieder zu Diskussionen, die sich um die Frage der Reproduktion von geschlechtlichen Machtverhältnissen in der Sexarbeit drehen. Dem Konzept der Sexarbeit liegt die Wirkmächtigkeit der Geschlechterverhältnisse zugrunde, in welchen sich in Reproduktion bestimmter Machtstrukturen eine Nachfrage entwickelt. Hier wird sichtbar, dass eine Kritik nicht an Sexarbeit selbst anzusetzen ist,

³ <http://initiative-hansaplatz.de/Anliegen.html>
⁴ ebd.

sondern in dem gesellschaftlichen Verhältnis, aus welcher sie ent- und besteht. Die verschiedenen Machtachsen, an denen sich Ungleichheiten bilden und verfestigen, müssen in den Blickpunkt der Kritik gesetzt werden. Die Doppelmoral der Mehrheitsgesellschaft, die einerseits die sexuellen Dienstleistungen nutzt, sie andererseits aber ablehnt und stigmatisiert, kriminalisiert Sexarbeiter_innen und grenzt sie aus der Gesellschaft aus. Um die Sexarbeiter_innen in ihrer Handlungsfähigkeit gegen Ausbeutung und Abhängigkeit zu unterstützen, muss sich solidarisch auf sie bezogen und gegen die fortwährende Stigmatisierung gekämpft werden.

RECHT AUF STRASSE!

Dass auch Sexarbeiter_innen Rechte haben und ebenso zu

den Anwohner_innen von St. Georg zählen, interessiert Politiker wie Herrn Markus Schreiber (Bezirksamtsleiter Mitte), die Hansaplatz-Initiative und auch andere Bürger_innen herzlich

wenig. Sie möchten den Druck noch erhöht wissen, um das Prostitutionsgebiet endlich zu verlagern.

purl & diss_

WIR SETZEN EIN „RECHT AUF STADT BEDEUTET AUCH EIN RECHT AUF STRASSE!“ DAGEGEN UND FORDERN:

Sperrgebiete abschaffen!

Gefahrengebiete aufheben!

Gesicherter Aufenthaltsstatus für Alle!

Entstigmatisierung und Entkriminalisierung von
Sexarbeiter_innen!

Kontrollierte Legalisierung von Drogen und
Ausbau der akzeptierenden Drogenarbeit!

Geschlechterverhältnisse dekonstruieren!

Recht auf Straße

7. JULI 19H, ROTE FLORA
INFO- UND MOBILISIERUNGS-
VERANSTALTUNG

9. JULI KUNDGEBUNGEN
16-20H HANSAPLATZ